



Newsletter vom 18.09.2026

Dramatische Ergebnisse für die AfD in Deutschland

In Deutschland mussten wir dramatische Resultate bei Wahlergebnissen für die extreme Rechte erleben. In einem kleinen Bundesland, Sachsen-Anhalt (gut 2 Mio. Wähler), gelang es der „Alternative für Deutschland“ (AfD), die in ihrer Propaganda und Programmatik rassistische, nationalistische und in vielen Feldern offen faschistische Thesen vertritt, die mit Abstand stärkste Partei zu werden, auch wenn es noch nicht zur Alleinregierung gereicht hat. Wie bedeutend dieses symbolische Wahlergebnis für die extreme Rechte ist, zeigte sich an den internationalen Reaktionen. Viktor Orban, auch wenn er nicht mehr Regierungschef ist, Vertreter der FPÖ und andere extrem rechte Parteien in Europa gratulierten der AfD zu diesem Erfolg. Selbst Donald Trump berichtete auf seinem social media Kanal über das Wahlergebnis. Die politische Reaktion der Regierungsparteien in Sachsen-Anhalt und in Berlin kann man getrost mit einem „Hühnerhaufen“ vergleichen, weil außer einem lauten Getöse wenig Substanz zu hören war. Während die antifaschistischen Verbände und Kräfte der Zivilgesellschaft seit vielen Monaten – mit guten Begründungen – ein Verbotsverfahren gegen die AfD fordern, kommen jetzt einige Regierungsvertreter auch auf die Idee. Keiner erklärt jedoch, was sie an ihrer eigenen Politik ändern würden, um glaubwürdiger für die Menschen – nicht allein im Osten – zu werden. So entsteht der Eindruck, es gehe nur um die Beseitigung einer unliebsamen Konkurrenz. Angesichts dieser Reaktion dürfte es nicht überraschen, wenn die extreme Rechte bei den am Wochenende anstehenden Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin wiederum erschreckende Zustimmungswerte erhält.

Wir vergessen nicht, dass vor 35 Jahre in verschiedenen Teilen des wiedervereinigten Deutschlands rassistische Ausschreitungen stattfanden, von denen die bekanntesten Orte Hoyerswerda (Sachsen), Mölln (Schleswig-Holstein), Rostock-Lichtenhagen (Mecklenburg-Vorpommern) und Solingen (Nordrhein-Westfalen) waren. In Hoyerswerda wurden zwischen dem 17. und 23. September 1991 ein Wohnheim für Arbeitsmigranten und eine Flüchtlingsunterkunft angegriffen. Teilweise standen bis zu 500 Personen vor den Heimen und beteiligten sich an den Angriffen. Die Polizei war nicht gewillt, die Angriffe zu stoppen. Schlimmer noch, fast alle Vertragsarbeiter wurden anschließend direkt nach Frankfurt am Main oder Berlin transportiert und von dort abgeschoben. Medien berichteten umfangreich über die Ereignisse. Die Ausschreitungen von Hoyerswerda bildeten den Auftakt zu einer Serie

rassistischer Ausschreitungen Anfang der 1990er Jahre in ganz Deutschland. Es dauerte einige Zeit, bis die bundesdeutsche Zivilgesellschaft auf diese Gewaltwelle reagierte und deutliche Signale gegen Rassismus setzte. Tatsächlich konnte man meinen, dass solche Formen von extrem rechter Fremdenfeindlichkeit heute nicht mehr mehrheitsfähig wären. Vor wenigen Jahren, als erste Berichte über „Remigration“-Pläne der AfD bekannt wurden, demonstrierten in der BRD mehrere Millionen Menschen gegen rassistischen Zumutungen und den Aufschwung der AfD. Die Kräfte der Zivilgesellschaft hatten den Regierenden eine politische Tür geöffnet, sich klarer gegen die extreme Rechte und für eine sozial gerechte und partizipative Politik zu öffnen.

Die Reaktion der Regierenden war jedoch – abgesehen von manchen wohlklingenden Erklärungen – die Fortsetzung der Politik sozialer Grausamkeiten, der Verschleuderung von gesellschaftlichen Mitteln für Hochrüstung, die Vernachlässigung von Bildung, sozialer Absicherung, Gesundheit und Pflege. Damit öffneten sie der AfD-Propaganda alle Türen zu den Wählerinnen und Wählern, um jetzt aufgeregt darüber zu streiten, wie man die Menschen zurückgewinnen könne. Schlimmer noch, statt Unterstützung für die Kräfte der Zivilgesellschaft wurde erneut versucht, der VVN-BdA die Gemeinnützigkeit in Frage zu stellen – und diesmal mit der Begründung, dass ihr aktives Eintreten gegen die AfD im Widerspruch zur Gemeinnützigkeit stehe. Gegen diese Sanktionierung von antifaschistischem Engagement protestiert die FIR ganz entschieden.

Nicht nur in Deutschland, auch in den anderen europäischen Staaten, in denen die extreme Rechte einen Aufschwung erlebt, ist es für die antifaschistischen Kräfte daher nötig, breite soziale Bewegungen gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und Kirchen zu unterstützen, die den Menschen eine demokratische Alternative für eine sozial gerechte Gesellschaft zeigen. Nur wenn es gelingt, die Menschen in sozial-politische Bewegungen für ihre Interessen zu integrieren, können wir den Vormarsch der extremen Rechten stoppen.

Fédération Internationale des Résistants (FIR) - Association Antifasciste

Office: Magdalenenstr. 19, D-10365 Berlin

Phone: ++49-(0)30-55 57 90 83-4

Internet: www.fir.at; **E-Mail:** office@fir.at,

facebook: www.facebook.com/FederationInternationaleResistants/

Donations welcome: Banque account: Postbank Berlin, Owner: FIR

IBAN DE 04 1001 0010 0543 0541 07 SWIFT-BIC: PBNKDEFF.